

Antrag
für den
Rat
am 13. November 2020

Ina Jacobi
Geschäftsführerin

Fraktionsbüro im Neuen Rathaus
Hiroshimaplatz 1-4
Tel.: +49 (551) 400 2785
Grueneratsfraktion@goettingen.de
www.gruene-goettingen.de/stadtrat

Göttingen, 30. Oktober 2020

Ein Wohnraumschutzgesetz für sozialen Zusammenhalt

Der Rat möge beschließen:

Der Oberbürgermeister setzt sich über den Niedersächsischen Städtetag und gegenüber der Niedersächsischen Landesregierung für ein Niedersächsisches Wohnraumschutzgesetz mit verbindlichen Mindeststandards und wirksamen Strafen ein.

Sobald dieses Gesetz vorliegt, bringt die Stadt Göttingen dieses zur Anwendung, mit Priorität in Groner Landstraße 9, 9a und 9b.

Begründung:

Wohnen ist ein Menschenrecht, eine menschenwürdige Wohnung für alle daher ein Muss. Bisher fehlt es in Niedersachsen jedoch an einem Wohnraumschutzgesetz, das Mindeststandards für menschenwürdiges Wohnen definiert. Daher fordern unter anderem Sozialverbände und der DGB, aber auch die GRÜNEN, das Land Niedersachsen seit Jahren auf, ein Wohnraumschutzgesetz mit verbindlichen Mindeststandards zu beschließen. Im Mai hat die Landesregierung einen Gesetzentwurf für ein Wohnraumschutzgesetz in den Landtag eingebracht. [vgl. Links]

In diesem wäre beispielsweise die Mindestausstattung mit natürlicher Belichtung, Anschlüssen für Heizung, Energie- und Wasserversorgung, sowie der Schutz vor Überbelegung geregelt gewesen: Jedem Menschen sollen wenigstens 10 qm Raum zur Verfügung stehen. Das Wohnraumschutzgesetz hätte die Gemeinden ermächtigt, Wohnraum für unbewohnbar zu erklären, wenn die Mindestausstattung nicht gewährt ist oder erhebliche gesundheitliche Schäden für die Bewohnerschaft drohen. Die Gemeinde könnte effektiv gegen Überbelegung vorgehen und Bußgelder verhängen. Das alles ist derzeit nicht der Fall – auch das einer der vielen Gründe dafür, weshalb sich die Zustände in Wohnkomplexen wie der Groner Landstraße 9, 9a und 9b und im Hagenweg 20 so schwer nur bessern lassen.

Im September hätte der Landtag beschließen sollen – doch entgegen der Erwartungen wurde der Gesetzentwurf nicht im Plenum zur Abstimmung gestellt und ist auch für November wieder nicht auf der Tagesordnung. Wir setzen hiermit ein deutliches Zeichen: Gemeinden wie Göttingen brauchen ein Wohnraumschutzgesetz!

Links:

Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes über den Schutz und die Erhaltung von Wohnraum (Niedersächsisches Wohnraumschutzgesetz - NWoSchG) Drucksache 18/6159

https://www.landtag-niedersachsen.de/Drucksachen/Drucksachen_18_07500/06001-06500/18-06159.pdf

Rede des Landtagsabgeordneten Christian Meyer dazu: <https://www.christian-meyer-gruene.de/im-landtag/artikel/christian-meyer-rede-zum-niedersaechsischen-wohnraumschutzgesetz-gesetzentwurf-der-landesregierung.html>